

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Anzeiger und für Anzeiger die Postämter entgegen. — Erscheint wöchentlich. Fernsprech- Anschluss Nr. 55.

Regulierungspreis für den Jahrgang 1924: 120 Mark. Einmalige Ausgabe 12 Mark. Postgebühren 12 Mark. Einmalige Ausgabe 12 Mark.

Telegramme: Tageblatt Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1900

Nr. 269

Dienstag, den 18. November 1924

19. Jahrgang

Die Handelsvertragsverhandlungen.

Beginn der deutsch-russischen Handelsvertragsverhandlungen.

Moskau, 16. Nov. Die feierliche Eröffnungssitzung der deutsch-russischen Handelsvertragsverhandlungen hat gestern im großen Konferenzsaal des Außenkommissariats stattgefunden.

Krawstin eröffnete die Sitzung mit einer längeren Rede, in der er betonte, daß die Sowjetregierung an dem Grundsatz des Außenhandelsmonopols als wesentlichster Stütze des politischen und wirtschaftlichen Systems der Sowjetunion unentwegt festhalte. Er gab gleichzeitig seiner Ueberzeugung Ausdruck, daß die deutsch-russische Zusammenarbeit auf allen Wirtschaftsebenen durchaus möglich sei.

Wirtschaftler Graf Brodörff-Manhau nahm das Wort zu einer Erwiderung, in der er u. a. sagte: Auch ich verhehle mir nicht die Schwierigkeiten, die im Laufe der Verhandlungen entstehen könnten. Bei dem festen Willen der beiden Regierungen, diese Schwierigkeiten zu überwinden, werden sie aber, wie ich hoffe, aus dem Wege geräumt werden. Das deutsche Volk weiß, was ihm der in Freundschaft freigehaltene Weg nach dem Osten bedeutet. Es ist entschlossen, ihn zu betreten, nicht als Wirtstiller, nicht als Eindringling, sondern als aufrichtiger Freund, um gemeinsam mit den Völkern der Sowjetunion aufzubauen, was durch den Krieg zerstört wurde. Wenn Rußland Deutschland hilft und Deutschland Rußland unterstützt, so bedeutet das Selbsthilfe. Es ist der aufrichtige Wunsch der deutschen Regierung, daß die Verhandlungen zu einem Erfolg führen. Durch diese positive Arbeit wird der Sache des Friedens und dem Wohle der Menschheit eher gedient als durch die blendenden Phrasen.

Vor einem Einlenken Frankreichs hinsichtlich der 26 prozentigen Ausfuhrabgabe.

Paris, 16. Nov. Die Pariser amtlichen Stellen erklären, daß es sehr wünschenswert wäre, wenn Staatssekretär Trendelenburg am Montag mit verschönlerten Absichten nach Paris zurückkehre, und wenn die deutsche Abordnung im allgemeinen ihre angebotene große Annahmefähigkeit abändern wollte. Deutschland habe jetzt einen Zolltarif, der den Eintritt französischer Waren vollkommen unmöglich mache, weil dieser insbesondere für Luxuswaren eine beinahe eintausendprozentige Erhöhung der vor dem Kriege in Kraft gewesenen Tarife vorsehe. Außerdem hätten die deutschen Einzelstaaten und viele Gemeinden das Recht, den Eintritt von

Waren zu verhindern. Frankreich müsse darauf dringen, daß alle diese Einfuhrbeschränkungen aufgelassen würden, und daß auch die hohen Schutzzölle in Deutschland abgeändert würden. Unter dieser Bedingung könnte man wegen der 26prozentigen Ausfuhrabgabe mit sich reden lassen.

Paris, 16. Nov. Der gestern veröffentlichte Brief des Generalagenten für die Reparationszahlungen Parker Gilbert an den Reichsfinanzminister Dr. Luther über die 26prozentige Abgabe von der deutschen Einfuhr in England und in Frankreich wird vom „Petit Parisien“, offenbar beeinflusst, wie folgt gedeutet: Der Brief bedeutet, daß der Generalagent die Einnahmen aus dem Reparations Recovery Act unter eigene Kontrolle stellen will. Er will selbst mit den Einnahmen aus dem Dawesplan die Summen zurückzahlen, die die alliierten Zollbehörden von den deutschen Industriellen erhalten, und er will sogar selbst die Verwendung dieser Einnahmen bestimmen. Dadurch wird die Abgabe aus dem Recovery Act in die deutsche Mündigkeit, die das Reich auf Grund des Sachverständigenplanes zu leisten hat, einfallt. Die Einnahme aus dem Recovery Act fügt sich also den Modalitäten an, die das Komitee Dawes festgestellt hat, die deutschen und die französischen Zollbehörden werden im Grunde genommen hinsichtlich der Einfuhrabgabe in Zukunft nur noch Agenten der Reparationskasse sein. Der Vorteil der Einnahmen aus dem Recovery Act wird also nicht mehr eine Erhöhung der Einnahmequellen sein, er wird ein bequemes Mittel für den Transfer bilden. Die englische öffentliche Meinung hat sich über die Entscheidung Gilberts erregt. Wir vertreten den Standpunkt: um sie gerecht zu würdigen, muß man Aufklärungen abwarten, die der Generalagent für die Zahlungen nicht verschlen wird zu geben.

Einigung in den deutsch-schweizerischen Wirtschaftsverhandlungen.

Berlin, 15. Nov. Die seit Wochen schwebenden Verhandlungen zwischen Deutschland und der Schweiz, betreffend den Abbau der gegenseitigen Einfuhrbeschränkungen, stehen vor dem Abschluß, nachdem unbeschadet der Bestimmungen des deutsch-schweizerischen Handelsvertrages über die wesentlichen Grundzüge eine Einigung erzielt worden ist. Der völlige Abbau ist für den 30. September 1925 vereinbart worden. Die Zahl der Waren, hinsichtlich deren sich die Regierungen für die Uebergangzeit Einfuhrbeschränkungen noch vorbehalten, hat eine wesentliche Verminderung erfahren.

Zahl der demokratischen Stimmen von 1688 auf 2698, die der Sozialdemokraten von 5352 auf 6628. Die von den Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei aufgestellte gemeinschaftliche sogenannte „Wirtschaftliche Einheitsliste“ ging von 11547 auf 9739 zurück. Die Nationalsozialistische Freiheitspartei ging von 4313 auf 1398 zurück, die Liste der Kommunisten von 1230 auf 689. Außerdem wurden auf eine linksstehende Angelegenheitsliste 442 Stimmen abgegeben.

Polnische Hege.

Berlin, 16. Nov. Die „Polska Jbrojna“ brachte kürzlich eine Nachricht, daß unlängst eine geheime Konferenz sämtlicher ehemaliger Admirale und anderer Offiziere der kaiserlichen Marine stattgefunden hätte, um über einen schnellen Wiederaufbau der deutschen Kriegsflotte zu beraten, ferner, daß, um diesen Zweck zu verheimlichen, eine Handelsflottengesellschaft mit finanzieller Unterstützung der Reichsregierung gebildet worden wäre.

Die Nachricht ist von Anfang bis zu Ende erfunden. Es hat nirgends weder eine Versammlung von inaktiven oder aktiven Seeoffizieren stattgefunden, noch ist von ihnen eine Handelsgesellschaft gegründet worden. Ebenso unsinnig ist die weitere Behauptung der „Polska Jbrojna“, daß zwei Kreuzer im Bau seien, die das Aussehen von Handelschiffen hätten. Im Bau ist zur Zeit nur ein Kreuzer normalen Typs, wie er von den gesetzgebenden Körperschaften genehmigt wurde, und wie er den Bedingungen des Versailler Vertrages entspricht.

Wirtschaftskatastrophe in Polnisch-Oberschlesien.

Wofen, 15. Nov. Wie das Wofener Tageblatt aus Warschau meldet, stehen in Polnisch-Oberschlesien rund 80 Prozent der Eisenindustrie und 50 Prozent der Kohlenindustrie vor der Stilllegung.

Die Dawes-Raten überzahlt.

Bisher 54,80 Millionen Goldmark.

Paris, 15. Nov. Senator Duberac hat an den Ministerpräsidenten Herriot eine Anfrage gerichtet, um zu erfahren, was Deutschland in Ausführung des Bondener Abkommens bis jetzt bezahlt hat. Herriot hat geantwortet, Deutschland habe am 1. und 11. September in bar zusammen 40 Millionen Goldmark an die alliierten Mächte auf Grund ihrer besonderen eigenen Einnahmen, außerdem zwei Zahlungen geleistet, die eine im Betrage von 3,3 Millionen, die andere im Betrage von 5 1/2 Millionen Goldmark, wozu noch die Einnahmen aus der belgisch-französischen Zollverwaltung und der Eisenbahnregie im Betrage von etwa 6 Millionen Goldmark kämen. Der Zahlungsagent habe also im ganzen 54,8 Millionen Mark erhalten.

Dazu müsse man den Ertrag der englischen Recovery Act aus dem Monat September mit 11,2 Millionen Goldmark rechnen und die requirierten Markbeträge in Höhe von 5,4 Millionen Goldmark. Es seien ferner in den monatlichen Zahlungen einzelne Requisitionen auf Grund des Rheinlandabkommens mit 2 Millionen Goldmark, Sachlieferungen im Betrage von 11 Millionen, Erträge der Sachlieferungen und der Ruhrbesetzung mit 4 1/2 Millionen sowie endlich die Kosten für die Reparationskommission im Betrage von 600 000 Goldmark eingerechnet. Daraus gehe hervor, daß der Zahlungsagent eine höhere Summe erhalten habe als eine Monatsrate von der ersten Jahresrate in Höhe von 1 Milliarde Goldmark ausmache.

Die Neuregelung der Beamtenbesoldung.

Berlin, 16. Nov. Das Reichsfinanzministerium hat die Spitzenverbände der Beamten für Donnerstag nachmittag dieser Woche zu einer Besprechung über die geplanten Besoldungsveränderungen eingeladen. Am Dienstag dieser Woche wird die Besoldungsfrage vom Reichsfinanzministerium mit den Referenten der einzelnen Landesregierungen besprochen werden.

Die Lohnverhandlungen bei der Reichspost.

Berlin, 15. Nov. Die Verhandlungen über die Erhöhung der Löhne der Lohnempfänger bei der Deutschen Reichspost mußten abgebrochen werden, da bisher eine Verständigung nicht zu erreichen war. Die Zugeständnisse der Verwaltung werden von den Vertretern der Arbeitnehmerorganisationen als unzureichend und als nicht ungenügender Ausgleich für die eingetretene Teuerung bezeichnet. Die Verwaltungs- und Arbeitnehmervertreter vereinbarten schließlich eine Vertagung der weiteren Verhandlungen auf Freitag, den 21. November. — Dann wird der Reichspostminister Hoffe wieder in Berlin sein, in dessen Gegenwart weiter verhandelt werden soll. Die Lohnempfänger bei der Reichspost sind im wesentlichen die Telegraphenarbeiter.

Die Steuereinnahmen im Oktober.

Der Voranschlag weit überschritten.

Die Erwartungen, daß das Reich mit einer weiteren günstigen Entwicklung der Einnahmen aus Steuern, Zöllen und Abgaben rechnen könne, werden durch den Ausweis für Oktober voll gerechtfertigt. Nach der endgültigen Aufstellung betragen die Einnahmen im Oktober insgesamt 686,73 Millionen Mark, das sind 75,5 Millionen mehr als im September. Bemerkenswert ist, daß die Mehreinnahmen nicht auf das Fälligerwerden einmaliger Steuern zurückzuführen sind, sondern wahrscheinlich, wie im Vormonat, auf eine allgemeine Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse. Die Umsatzsteuer erbrachte im Monat Oktober 197 Millionen, die Einkommensteuer aus Lohnabzügen 1147 Millionen. Die Steuerablieferungen der vorauszahlenden Einkommensteuerpflichtigen ergaben 97,84 Millionen Mark. Auch die Einnahmen aus Zöllen und Verbrauchssteuern wiesen mit 128,79 Millionen eine Steigerung um 4,56 Millionen gegen September auf. Diese Steigerung ist hauptsächlich auf die erhöhten Zolleinnahmen zurückzuführen. Die auf Grund des Dawesgutachtens beschriebenen Reichseinnahmen, Zölle, Tabaksteuer, Biersteuer, Zuckersteuer und Einnahmen aus dem Branntweinmonopol, sind besonders ausgewiesen; sie brachten im Oktober zusammen 117,96 Millionen.

Die Reichsfinanzen in der ersten Novemberdekade.

Nach dem Ausweis der Reichshauptkasse betragen für den 1. bis 10. November in Millionen Reichsmark die Einzahlungen 117,5, die Auszahlungen 82,7, so daß sich ein Ueberschuß von 34,8 ergibt und sich der Gesamtüberschuß dadurch für das laufende Finanzjahr vom 1. April bis 10. November auf 205 erhöht. Der Stand der Reichsmarktschuld hat sich vom 31. Oktober um 18 auf 85 am 10. November erhöht.

Reibungslose Uebergabe der Regiebahnen an die deutsche Reichsbahngesellschaft.

Essen, 16. Nov. Die Uebergabe der Regiebahn an die deutsche Reichsbahn ist überall reibungslos und ohne Störung des Betriebes erfolgt. Der Zustand der zurückgegebenen Betriebsmittel läßt an verschiedenen Stellen zu wünschen übrig. Ein Bezirk meldete bisher, daß die dortigen Lokomotiven sehr herabgewirtschaftet seien und zahlreiche Maschinen noch in Betrieb gehalten wurden, die nach deutschen Grundsätzen in diesem Zustand nicht mehr verwendet werden dürfen. Die deutschen Beamten und das deutsche Publikum haben die Uebernahme der Bahnen durch die deutsche Verwaltung überall auf das freudigste begrüßt.

Die Gemeinde und Kreistagswahlen in Anhalt.

Wesau, 16. Nov. Die anhaltischen Gemeindevahlen sind nach den vorliegenden Nachrichten im ganzen Lande ruhig verlaufen. Im allgemeinen kann gesagt werden, daß die beiden Flügelparteien Wälfische und Kommunisten wieder beträchtlich an Stimmen verloren haben. Die übrigen Parteien dürften durchschnittlich wohl ihren Bestand behaupten. Was die einzelnen Parteien in einigen Städten verloren haben, haben sie in den anderen wieder gewonnen. Die Volksgemeinschaft hat in Ballenstedt und Bernburg an neugebildeten Wirtschaftsprüfungskammern Stimmen abgeben müssen.

Die Stadtverordnetenwahlen in Schwarzburg.

Schwerin, 16. Nov. Heute fanden in der Stadt Schwerin die Stadtverordnetenwahlen statt, die ein überraschend günstiges Ergebnis für die Demokraten hatten. Gegenüber den Reichstagswahlen vom 4. Mai liegt die

Meyer-Wettinberhof
am Freitag, 5 Uhr.
für gem. Chor.
nate für Flöte
Israel.
Dr. Illing
Ass (Violone),
Söhler (Orgel),
ler.
Mk. Empore
inschl. Steuer)
en von Lorena
ramtskanzlei.
ach.
einen
enden
Schuhmacher
Frage.
si. da. Bl. erb.
eher
fort
anzwerkzeuge
linge
ommen.
vabell.
Herren
Herren- und
elzählung
tigkeit
ieses Blattes.
h